

Soziologische und kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationstheorie¹

Wilhelm Knelangen

Während die europäische Integration für Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft schon früh Gegenstand systematischer Erörterung war und diese Disziplinen mittlerweile über eine reife Forschungstradition zu Europafragen verfügen, blieben diese für die Soziologie lange Zeit am Rande ihres theoretischen Fokus. Dazu wird beigetragen haben, dass der Gegenstand der Soziologie als „systematisches, umfassendes, wissenschaftlich angeleitetes Nachdenken über die Gesellschaft“ (Prisching 1990: 13) beschrieben werden kann und eben diese Gesellschaft bis in die jüngere Vergangenheit primär als entlang nationalstaatlicher Grenzen konturiertes Untersuchungsobjekt wahrgenommen wurde. Demgegenüber wächst seit einigen Jahren die Einsicht, dass der Nationalstaat nicht mehr die einzige, möglicherweise nicht einmal mehr die maßgebliche Instanz gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse darstellt. Insoweit wird erkannt, dass die dominante Orientierung der soziologischen Analyse an das politische Vergesellschaftungsmodell des Nationalstaats angesichts der Wirkungen von grenzüberschreitender Verflechtung und Interdependenz im Zeichen von Europäisierung und Globalisierung der realen Entwicklung nicht mehr gerecht wird (vgl. Bach 2000: 2). Umstritten ist freilich, ob das nationale Territorium für die Gesellschaftsanalyse bereits obsolet geworden ist und die Gesellschaft anderen Räumen oder gar nicht-territorialen, funktionalen Zusammenhängen zugeordnet werden kann bzw. muss (vgl. Bach 2000; Münch 2001).

Die Klärung dieser Frage ist für die kulturwissenschaftliche Analyse des europäischen Integrationsprozesses von unmittelbarer Relevanz. Denn wenn der Begriff der „Kultur“ auch keine einheitliche Verwendung findet, so kann doch als weithin unumstritten gelten, dass er sich nicht auf die Individualebene, sondern auf ein Kollektiv richtet. Wenn Segers Kultur beispielsweise definiert als „the collective programming of the mind which distinguishes the members of one group or category of people from another“ (Segers 1996: 3), dann wird damit der enge Bezug zwischen politischer Ord-

¹ Der Beitrag wurde im März 2001 abgeschlossen. Er ist entstanden im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungspraktikums am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Für wichtige Hinweise danke ich Klaus Busch.

nung und gesellschaftlichem System einerseits und kulturellen Wertorientierungen und kollektiven Identitäten andererseits offenbar. In kulturwissenschaftlicher Perspektive wird deshalb mit Blick auf die europäische Integration untersucht, welche Wechselwirkungen zwischen der politischen Integration und dem Wandel bzw. der Persistenz kultureller Wertvorstellungen und Sinnsysteme in Europa bestehen. Der Fokus reicht dabei weit über die Gründung politischer Institutionen zu Beginn der 1950er Jahre zurück. Sowohl normativ als auch empirisch wird kontrovers diskutiert, ob sich die politische Einigung in einer kollektiven kulturellen Identität Europas niederschlägt bzw. niederschlagen sollte, welche Qualität diese europäische Identität haben und welchen Mustern ihre Entwicklung folgen muss bzw. soll. Gleichzeitig wird danach gefragt, ob das Modell der an den nationalen politisch-gesellschaftlichen Rahmen rückgebundenen Identität auf die europäische Ebene übertragen werden kann. Damit rückt die Kulturwissenschaft einen Themenkomplex ins Zentrum ihrer Betrachtung, der unter den Bedingungen des „permissive consensus“ (Lindberg/Scheingold 1970: 41) keine große Aufmerksamkeit erfuhr, seit Anfang der 1990er Jahre aber in dem Maße an Bedeutung gewinnt, in dem diese diffuse Zustimmung zur EU brüchig wird und die Legitimation des europäischen Regierens unter dem Leitwort des „Demokratiedefizits“ zum Gegenstand einer breiten Diskussion geworden ist. In diesem Kontext werden einerseits gesellschaftlich verwurzelte kulturelle Unterschiede in zunehmenden Maße als Barrieren für die Vertiefung der politischen Einigung wahrgenommen, andererseits wächst das Bewusstsein dafür, dass weitreichende Reformschritte – beispielsweise im Rahmen der Schaffung einer europäischen Verfassung – einer spezifischen kulturellen Grundlage bedürfen, zumal, wenn sie Kriterien demokratischer Legitimität und gesellschaftlicher Akzeptanz genügen wollen.

Aufgrund des engen Bezugs kultureller Aspekte und gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse werden die soziologischen und kulturwissenschaftlichen Beiträge zur Integrationstheorie in diesem Beitrag zusammenhängend behandelt.

1 Die gesellschaftliche Dimension in der klassischen Integrationstheorie

Wenngleich die Soziologie als Disziplin den Gegenstand „Europa“ erst vergleichsweise spät entdeckt hat, haben insbesondere die integrationstheoretischen Arbeiten der 1950er

und 1960er Jahre bei ihrer Suche nach der Erklärung des Prozesses einer europäischen Gemeinschaftsbildung explizit an soziologische Fragestellungen, Annahmen und theoretische Konzepte angeknüpft. So hat die Forschergruppe um Karl W. Deutsch in ihren Studien zur Entstehung von politischen Gemeinschaften (Deutsch 1954, 1957) Integration als Ergebnis von Lernprozessen definiert, in deren Verlauf die Menschen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickeln und Loyalität gegenüber der entstandenen „Sicherheitsgemeinschaft“ empfinden. Integration sei „the attainment within a territory, of a ‘sense of community’ and of institutions and practices strong enough and widespread enough to assure for a ‘long’ ‘time, dependable expectations of ‘peaceful change’ among its populations” (Deutsch 1957: 5). Die gemeinsame politische Entscheidungsfindung ist für den transaktionalen Ansatz der Integrationstheorie insofern eher Ausdruck einer integrierten Gemeinschaft als dessen Grundlage oder gar qualifizierendes Merkmal. Die Intensität der Integration suchte Deutsch daher auch nicht an dem Ausmaß effektiven Souveränitätstransfers, sondern an der Dichte der Transaktionen zwischen verschiedenen Territorien zu bestimmen. Wenngleich sich die quantitative Messung von Transaktionsraten als (ausschlaggebende) Methode zur Erhebung der Qualität der Integration nicht bewährt hat (vgl. Giering 1997: 57), so hat die Forschergruppe um Deutsch einen wichtigen Punkt für die sich seinerzeit erst langsam entfaltende integrationstheoretische Diskussion markiert, indem sie darauf hinwies, dass die Analyse von Integrationsprozessen unvollständig ist, wenn sie die soziologische bzw. sozialpsychologische Dimension, insbesondere die grenzüberschreitende Verflechtung und das Ausmaß des Zusammengehörigkeitsgefühls, außer Acht lässt.

Dieser Aspekt beeinflusste auch die Formulierung des Neofunktionalismus, der als erstes Großkonzept der integrationstheoretischen Diskussion gelten kann. Anders als bei Deutsch werden Transaktionen zwar nicht mehr als Indikator für Integrationsprozesse, sondern als Auslöser für die Nachfrage politischer, gesellschaftlicher und vor allem ökonomischer Eliten nach einer über den nationalstaatlichen Rahmen hinausgehenden Regulierung konzipiert. Wenn der Nestor der neofunktionalistischen Theoriebildung, Ernst B. Haas, Integration als „a process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations and political activities towards a new centre, whose institutions possess or demand jurisdiction over pre-existing national states“ (Haas 1968: 16) definierte, so wird jedoch erkennbar, dass In-

tegration für ihn nicht auf die Schaffung eines neuen politischen Zentrums reduziert werden kann. Vielmehr ist es der allmähliche „Loyalitätentransfer“ von der nationalen zur supranationalen Ebene, der das spezifische Kennzeichen von Integrationsprozessen darstellt. Dieser Transfer beschränkte sich für den Neofunktionalismus allerdings zunächst auf Eliten, die aus instrumentellem Selbstinteresse supranationale Politikgestaltung einfordern und im Zeitverlauf von der Vorteilhaftigkeit der Integration überzeugt werden. Auf der Grundlage der Mechanik von „spill-over“-Prozessen glaubte Haas jedoch prognostizieren zu können, dass es im Zeitverlauf breite Bevölkerungsschichten sein werden, die angesichts wachsender grenzüberschreitender Austauschprozesse von supranationalen Regelungen günstigere Ergebnisse erwarten als von einem Nebeneinander nationaler Regelungen. Als Resultat dieses Prozesses erwartete er die Etablierung einer „politischen Gemeinschaft“ mit einer autonomen institutionellen Struktur, die sukzessive an die Stelle des Nationalstaates tritt (vgl. Haas 1968: 16). Neben der Kontrolle über das Gewaltmonopol und die Verwendung der wirtschaftlichen Ressourcen bestand auch für Amitai Etzioni das zentrale Kennzeichen einer politischen Gemeinschaft darin, dass sie den Fokus der politischen Identifikation der Bürger darstellt (vgl. Etzioni 1962: 45). Wie schon bei Haas wird damit die effektive Ablösung der nationalstaatlichen Organisation nicht nur des politischen, sondern auch des gesellschaftlichen Lebens als normatives Ziel bzw. zu erwartendes Ergebnis von Integrationsprozessen angesehen (vgl. auch Etzioni 1965).

Wie diese kurze Skizze zeigt, hat die frühe Integrationstheorie die Analyse sozialer Prozesse als Grundlage für die Erklärung supranationaler politischer Kooperation eingestuft. Unverkennbar ist freilich auch, dass sich die Reflexion der transaktionalen und neofunktionalistischen Arbeiten im Wesentlichen auf eine Übertragung der Erfahrungen der Nationalstaatsbildung beschränkte. Je deutlicher sich – spätestens – seit Mitte der 1960er Jahre abzeichnete, dass die politische Strategie der sektoralen Teilintegration nicht auf geradem Weg zum europäischen Bundesstaat führte, desto fragwürdiger wurde diese Projektion und desto weniger Relevanz schienen Fragen nach einer europäischen Vergesellschaftung und Prozessen des Identitätenwandels theoretisch zu haben. Die zweite Generation der neofunktionalistischen Arbeiten bezog zwar Transaktionsraten, das Ausmaß des binnengesellschaftlichen Pluralismus, die Komplementarität der Wertvorstellungen gesellschaftlicher Eliten oder den Wunsch nach gemeinsamer Identi-

tät als Hintergrund- und Prozessvariablen in ihre immer komplexer werdenden theoretischen Modelle ein (vgl. etwa Schmitter 1971; Nye 1971). Eine zentrale Rolle spielten sie jedoch nicht mehr. Für den großen theoretischen Rivalen des Neofunktionalismus, den Intergouvernementalismus, war die Gesellschaft ohnehin keine zentrale Kategorie. Da in dieser Perspektive die mitgliedstaatlichen Regierungen Integration lediglich als Instrument einsetzen, um selbst gesetzte Ziele zu verfolgen, und sie zugleich darauf bedacht sind, ihre eigene Souveränität und Handlungsfähigkeit zu wahren, stellt eine Integrationsgemeinschaft in dieser Sicht nichts weiter als eine Agentur des Interdependenzmanagements dar. Mehr noch: Da die eigene Nation nach wie vor das identitätsstiftende Zentrum für die politischen Einstellungen der Bürger sei, da sie zudem eine jeweils eigene Erinnerungs- und Kulturgemeinschaft darstellte, seien der Ausweitung der Integration, zumal in Richtung föderativer Strukturen, überaus enge Grenzen gesetzt (vgl. Hoffmann 1966; Moravcsik 1998).

2 Der Einfluss der Integration auf soziale Strukturen

Die „relance européenne“ der späten 1980er Jahre rief ein erneutes Interesse an integrationstheoretischen Fragestellungen und namentlich eine Neuauflage des Schlagabtausches zwischen Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus hervor. Während die gesellschaftliche Dimension bei Letzterem nach wie vor keine systematische Berücksichtigung fand, stieß sie nun auch in neofunktionalistischen Arbeiten kaum noch auf Interesse. Stattdessen konzentrierten sich die Arbeiten jetzt darauf, die je eigene Position zur Frage nach den für die Dynamik des Integrationsprozesses tragenden Akteuren – transnationale Eliten und Gemeinschaftsorgane versus mitgliedstaatliche Regierungen – in Stellung zu bringen (vgl. etwa Sandholtz/Zysman 1989; Moravcsik 1991; Tranholm-Mikkelsen 1991).

Abseits dieser Diskussion entstanden nun aber Arbeiten, die sich systematisch der Frage widmeten, welche Wirkungen die seit den 1950er Jahre intensivierten politischen Beziehungen für die Entwicklung der nationalstaatlich verfassten Gesellschaften hatten. Dabei richtete sich das Interesse vor allem auf die Untersuchung der nationalen Sozialstrukturen im Spannungsfeld von Angleichung und Differenzierung (vgl. Kaelble 1987, 1997; Hradil/Immerfall 1997; Boje et. al. 1999; Therborn 2000). Hartmut Kaelble

identifizierte anhand der Kriterien Familienstruktur, Strukturen der Erwerbstätigkeit, soziale Milieus, Wohlfahrtsstaat, Stadtentwicklung und Massenkonsum „Tendenzen zu einer europäischen Gesellschaft“ (Kaelble 1997: 62), die an Gemeinsamkeiten anknüpfen könne, durch sie sich trotz aller Variationen im Einzelnen in ihrer Gesamtheit deutlich von den Gesellschaften Nordamerikas und Südostasiens unterscheide. Die zwischen den nationalen Gesellschaften in Westeuropa bestehenden Unterschiede seien zudem seit dem 2. Weltkrieg in erheblichem Maße abgemildert worden. Als Ursachen dieses Annäherungsprozesses hob Kaelble zum einen die nachholende Industrialisierung auch jener Staaten hervor, die vor dem Weltkrieg einen deutlichen Industrialisierungsrückstand aufwiesen. Damit sei eine Steigerung der Reallöhne, eine Verbesserung des Lebensstandards und eine Abnahme der gesellschaftlichen Unterschiede verbunden gewesen. Zum anderen verwies er auf die politischen Rahmenbedingungen sowie auf die in historischen Maßstäben neuartige Einigkeit über politische Grundprinzipien (Demokratie, Menschenrechte) einerseits und den Wunsch nach dauerhaftem Frieden und dem Ausschluss des Krieges als Instrument der innereuropäischen Konfliktaustragung andererseits (vgl. Kaelble 1997: 47).

Unter diesen Bedingungen sei ein Austausch von sozialen Modellen und Zielen der Gesellschaftspolitik erleichtert worden. Der Beitrag der Politik der Europäischen Gemeinschaft habe daher weniger in der Vereinheitlichung gesellschaftlicher Institutionen und Politiken gelegen, als vielmehr in ihrer Rolle für die Durchsetzung der Demokratie und der Stabilisierung des Friedens in Westeuropa. In Anlehnung an Arbeiten von Deutsch kam Kaelble überdies zum Ergebnis, dass die sozialstrukturelle Angleichung von einer signifikanten Zunahme des grenzüberschreitenden Austauschs (Bildung, Urlaub, Konsumgüter, Lebensstile) sowie gemeinsamer Erfahrungen begleitet worden sei. Hinsichtlich einer gemeinsamen Identität Europas war er hingegen skeptischer. Wenn Kaelble den Beginn einer Diskussion über diesen Aspekt notiert, so kann daraus im Umkehrschluss gefolgert werden, dass die politisch-gesellschaftliche Angleichung nicht von einem parallelen Prozess der gemeinsamen Identitätsbildung begleitet wurde (vgl. Kaelble 1997: 60f.).

Der so vorgenommene soziologische und sozialhistorische Gesellschaftsvergleich operiert im Kern mit der Annahme robuster und unterscheidbarer Nationalgesellschaften, d.h. das Territorium des Nationalstaates bleibt der entscheidende Referenz-

punkt für die Aussagen zur Sozialstruktur und ihrem Wandel. Demgegenüber wird an demorts die Ansicht vertreten, der Nationalstaat, die an sein Territorium gekoppelte Gesellschaft und die nationalkulturellen Traditionen seien im Zangengriff zwischen „ökonomischer Globalisierung und kultureller Fragmentierung“ (Touraine 1999) im Begriff, ihre angestammten Funktionen zu verlieren. An ihre Stelle trete eine europäische Gesellschaft, die allerdings weder eine fest umrissene kulturelle Einheit noch eine Vielfalt nationaler Traditionen darstelle (Münch 1993, 2001): „Das Europa der Zukunft wird kein Europa der Vaterländer und nationalen Kulturen sein, sondern ein Europa der selbstverantwortlich handelnden Individuen und der Pluralität von national nicht mehr homogenisierbaren Lebensentwürfen (Münch 2001: 230).“ Statt dessen bewege sich die europäische Integration aufgrund eines tiefgreifenden institutionellen und kulturellen Wandels (v.a. Solidaritätsstruktur, Gerechtigkeitsvorstellungen) auf die „Herausbildung einer sozial differenzierten und kulturell pluralisierten europäischen Mehrebenengesellschaft“ (Münch 2001: 208) zu. Entscheidender Faktor sei dabei die Binnenmarktintegration der EG, da sie, flankiert durch die Liberalisierung des Weltmarktes, auf gesellschaftlicher Seite zu stärkerer Arbeitsteilung, auf individueller Seite zu stärkerer Spezialisierung geführt habe und damit die Grundlagen des Modells des modernen westeuropäischen Wohlfahrtsstaats erodiere, der im industriellen Zeitalter der Garant für die soziale Integration durch Umverteilung wachsenden Wohlstands war. Denn dieser ist an die Existenz eines relativ geschlossenen, jedenfalls aber gegenüber Wettbewerb geschützten Raumes gekoppelt – eine Bedingung, die durch die Liberalisierung des Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs immer weniger erfüllt ist (vgl. Leibfried/Pierson 1998). Ebenso wie die Arbeiten zum Gesellschaftsvergleich konstatiert Münch als Folge der Marktintegration eine Abnahme der Unterschiede zwischen den Nationalgesellschaften, weist jedoch zugleich darauf hin, dass dieser Prozess mit einer Zunahme der binnengesellschaftlichen Differenzierung (v.a. wachsende soziale Ungleichheit) verbunden ist. Die Gesellschaften differenzieren sich quer zu traditionellen Konfliktlinien in verschiedene soziale Milieus, die sich ihrerseits in transnationaler Perspektive immer mehr ähneln: „Deutsche, Franzosen, Italiener oder Dänen treten einander immer weniger als Kollektive gegenüber, sondern differenzieren sich in eine Vielzahl von Gruppierungen und Milieus, die quer zu den nationalstaatlichen Grenzen liegen (Münch 2001: 291f.).“ Insofern hat die Europäisierung nach Münch eine Kon-

vergenz der nationalen Binnendifferenzierungen hervorgerufen. Das hat Konsequenzen für die Homogenität der nationalen Gesellschaften: „Sie verfügen immer weniger über einen solidarischen Demos mit einer deutlich definierten kollektiven Identität, auch ihr Verbändesystem und ihre Öffentlichkeiten sind in einem Maße ausdifferenziert, daß von einer engen Korrespondenz zwischen Regierung, Parlament und Öffentlichkeit immer weniger gesprochen werden kann (Münch 2001: 277).“ Um so weniger könne darauf gesetzt werden, dass die Vergesellschaftung Europas dem Muster der nationalen Wohlfahrtsstaaten folgen könne. Denn, wie auch Delanty betont, „there is no point in reproducing on the supranational level a model that is already in crisis on the national level“ (Delanty 1998: 5.1).

3 *Integration und (europäische) Identität*

Die Diskussion über die europäische Identität hat in den vergangenen Jahren im Zuge der Debatte über das demokratische Defizit der europäischen Politik breite Resonanz gefunden. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Beobachtung der Diskrepanz zwischen einer weit vorangeschrittenen politischen und vor allem ökonomischen Integration einerseits und einem Mangel an gesellschaftlicher und kultureller Einheit, die sich mit Blick auf die Legitimation der europäischen Politik zunehmend als strukturelles Problem darstellt. Europa sei bisher in erster Linie ein kognitives Konzept, um dessen Existenz man wisse, das aber emotional und kulturell nicht ausreichend unterfüttert sei (vgl. Segers 1996). So konstatiert Münch, dass die EG „ein Wirtschaftsriese noch ohne ausreichende politische Handlungsfähigkeit, innere Solidarität und kollektive Identität“ (Münch 1993: 103) ist. Daran schließt sich die Frage an, welche Wege zur Verringerung dieser Diskrepanzen offen stehen und inwiefern das Modell der parlamentarischen Demokratie auf die europäische Ebene übertragen werden kann. Implizit oder explizit bleibt dabei häufig das Modell der nationalen repräsentativen Demokratie Referenzpunkt und Maßstab der Analyse. So wird argumentiert, dass in Europa keine dem nationalen Muster entsprechende belastbare „kollektive Identität der Europäer als Europäer“ bestehe, weil die EU „keine Kommunikationsgemeinschaft, kaum eine Erinnerungsgemeinschaft und nur sehr begrenzt eine Erfahrungsgemeinschaft“ sei (Kielmannsegg 1996: 55). Diese aber sei die Voraussetzung dafür, dass die Entscheidungsbetroffenen

trennscharf „zwischen dem zustimmungsfähigen Entscheidungsrecht der Mehrheit und der nicht zustimmungsfähigen Fremdherrschaft“ (Kielmannsegg 1996: 54) unterscheiden können. In der Konsequenz sei der Spielraum für eine Demokratisierung der EU nach dem Muster der demokratischen Verfassungsstaaten deshalb sehr begrenzt (vgl. Gerhards 1993; Abromeit 1998; Kohler-Koch 2000).

Die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung Europas ist nicht von der Untersuchung kulturellen Wandels zu trennen. In dem Maße, in dem die Vorstellung von der national verfassten Gesellschaft an empirischer Plausibilität verliert, wird auch die Annahme einer an den nationalen Raum gebundenen homogenen kulturellen Identität brüchig. So vertritt Ueltzhöffer die These, dass sich die Alltagskulturen und Konfliktlinien in den Kernländern der EU „zunehmend nicht länger entlang von Länder-, sondern von nationenübergreifenden Milieugrenzen“ konstituieren (Ueltzhöffer 1999: 644f.). Ähnlich argumentiert Münch, der einen Wandel von homogenen zu pluralistischen Kulturen ausmacht, der sich durch äußere Angleichung und innere Vervielfältigung kennzeichnen lasse. Da es schon auf nationaler Ebene immer stärker an einem solidarischen Demos und einer deutlich definierten kollektiven Identität mangle, könne (und müsse) europäische Demokratie nicht dem traditionellen Repräsentationsmodell folgen. Europa werde vielmehr nach dem Vorbild der USA „ein wesentlich vielschichtigeres Gebilde aus lokalen Gemeinden, mehr oder weniger starken Regionen, immer mehr verblässenden Resten von Nationen und einer Vielzahl horizontal angeordneten Interessengruppen, vor allem aber selbstverantwortlich handelnden Individuen sein“ (Münch 2001: 238).

4 Integration als Prozess der Institutionenbildung

In der Perspektive eines auf der rationalen Handlungstheorie basierenden rational-choice-Institutionalismus sind Institutionen Arenen, die die Probleme kollektiven Handelns verringern und die von Akteuren dazu genutzt werden, eigene Ziele im Modus der Kooperation zu erreichen. Ein Einfluss auf die Bildung der Akteurspräferenzen wird aber verneint. Die soziologische Institutionentheorie setzt demgegenüber einen anderen Akzent (vgl. March/Olsen 1989; Hall/Taylor 1996). M. Rainer Lepsius definiert Institutionen als „soziale Strukturierungen, die einen Wertbezug handlungsrelevant werden lassen“ (Lepsius 1995: 394). Zwar wird nicht behauptet, dass sich das Akteurshandeln

direkt aus Wertvorstellungen oder Ideen ableiten ließe. Wird eine Wertvorstellung aber institutionalisiert, dann „werden aus Ideen Handlungsmaximen mit Anspruch auf Gültigkeit gegenüber ganz verschiedenen Menschen mit je eigenen Motiven und Interessen“ (Lepsius 1997: 58). Insofern verhelfen Institutionen politischen Leitideen zur gesellschaftlichen Wirksamkeit. In dieser Perspektive wäre demnach die Verfolgung eigener Präferenzen nur dann als rational anzusehen, wenn sie mit den institutionell verankerten Rationalitätskriterien in Einklang zu bringen ist (vgl. ebd.).

Auf dieser Grundlage interpretiert Lepsius die europäische Integration als einen Prozess der Institutionenbildung, in dessen Rahmen die Leitidee „Wohlfahrtssteigerung durch Herstellung eines großen Marktes“ in den Rationalitätskriterien der vier Freiheiten des Binnenmarktes konkretisiert wurde, an denen die europäischen Funktionsebenen ihre Handlungen sukzessive orientierten. Um diesen Kriterien Geltung zu verschaffen, transferierten die Mitgliedstaaten begrenzte Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene und legten damit die Grundlage für einen eigenständigen Handlungskontext, innerhalb dessen Kommission, Rat und Gerichtshof eigene administrative, rechtsetzende und rechtsprechende Kompetenzen besitzen, die von denen der mitgliedstaatlichen Ebene abgegrenzt sind. In dem Maße, in dem die supranationale Regulierung der europäischen Marktbeziehungen dichter wurde, traten allerdings Überschneidungen in der Kompetenzzuordnung zwischen EG/EU und Mitgliedstaaten auf. Das Entscheidende ist nun, dass nach Lepsius die „Logik“ der Rationalitätskriterien der institutionalisierten Idee des gemeinsamen Marktes zur Ausweitung ihrer Geltung drängen: „Im Vollzug der einmal begründeten institutionalisierten Leitidee entstanden immer neue Anwendungsfelder für die Geltung ihrer Rationalitätskriterien“ (Lepsius 1995: 401). Von der Schaffung des gemeinsamen Marktes sei die Forderung nach einer Währungsunion ausgegangen, diese habe den Mitgliedstaaten effektive Mittel genommen, den Folgen der europäischen Politik zu begegnen, so dass auch künftig eine weitere europäische Kompetenzerweiterung unausweichlich werde. In der Konsequenz werde „aus dem Zweckverband ein Herrschaftsverband mit im Prinzip universaler Regelungskompetenz“ (Lepsius 1995: 402). Dieser Prozess dürfe allerdings nicht als Variation der Nationalstaatsbildung missinterpretiert werden. Angesichts der eminenten historischen und kulturellen Differenzierung der westeuropäischen Nationen sei die für die Nationalstaatsbildung prägende Fusion von „Ethnos“ und „Demos“ nicht übertragbar. Vielmehr könne der

Verband nur auf dem Modell des „Nationalitätenstaates“ (Lepsius 1991) fußen, um die zunehmenden Legitimations- und Kompetenzkonflikte der europäischen Politik auffangen zu können.

Während diese Analyse auf der Makro-Ebene ansetzt, wird die soziologische Institutionentheorie darüber hinaus auch für die Interpretation der Mikro-Ebene der europäischen Politik fruchtbar gemacht. Ausgangspunkt ist hier die Beobachtung, dass in Organisationen spezielle Wertvorstellungen und Überzeugungen gewissermaßen „eingepflanzt“ sind, die über lange Zeit erstaunlich stabil bleiben und für die Akteure innerhalb dieser Organisationen sozialisierenden Charakter haben. So wird angenommen, dass beispielsweise die Politik des Ministerrats der EU, nicht allein, vielleicht nicht einmal in erster Linie von den Präferenzen der beteiligten Akteure, sondern von den in dieser Institution „eingebetteten“ Normen und Werten bestimmt wird. Damit steht vor allem die bereits in den klassischen neofunktionalistischen Arbeiten von Haas aufgeworfene Frage im Vordergrund, inwieweit bei den an der Kooperation in den europäischen Institutionen Beteiligten Lernprozesse stattfinden. Anhand der dauerhaft in den Gemeinschaftsorganen tätigen Beamten wird etwa untersucht, ob tatsächlich ein Wandel von einer „nationalen Identität“ zu einer „europäischen Identität“ stattfindet und ob ein Transfer von Loyalitäten festzustellen ist (vgl. Beyers 1998; Egeberg 1998).

5 Bilanz und Perspektiven

Die vergleichenden Forschungen zur Sozialstruktur haben ihre Orientierung an dem nationalen Ordnungsrahmen überwiegend nicht aufgegeben. Das ist insofern folgerichtig, als diese Ebene, anders als etwa vom frühen Neofunktionalismus vermutet, ein erstaunliches Beharrungsvermögen aufweist. Andererseits ist nicht zu verkennen, dass territoriale zunehmend von funktionalen Handlungszusammenhängen überlagert werden und die Konstruktion einer nach außen unterscheidbaren Nationalgesellschaft problematisch wird. Unklar ist in diesem Zusammenhang jedoch, in welchem Verhältnis politisch induzierte Entscheidungen und Prozesse der gesellschaftlichen Transnationalisierung stehen (vgl. Bach 2000: 22). Es scheint in der soziologischen Perspektive die Neigung vorherrschend zu sein, den Einfluss der Politik als eher gering zu veranschlagen. Der Hinweis, die europäische Ebene habe in der Gesellschaftspolitik nur wenige Kompeten-

zen, reicht zur Begründung aber offenbar nicht aus. Es ist zu vermuten, dass es eher die nicht-intendierten Wirkungen der politischen Integration sind, die auf gesellschaftlicher Ebene sehr wohl eine signifikante Bedeutung haben. Diese These kann jedenfalls mit Blick auf die gesellschaftlichen Folgen von überwiegend politisch forcierter ökonomischer Liberalisierung Plausibilität beanspruchen. Gegen den Strich gebürstet, könnte daher vermutet werden, dass das erreichte Maß an politischer Integration, die in der EU nach wie vor primär Marktintegration ist, die Aussichten sozialer Integration in Europa systematisch verschlechtert hat – jedenfalls, soweit man sich nicht mit einer Integration durch Individualisierung zufrieden geben will.

Damit eng verbunden ist die Frage nach der europäischen Identität, die – insoweit herrscht Einigkeit – nicht dem Muster des kulturell homogenen Nationalstaat nachgebildet sein kann. Aber auch der Versuch, zwischen einer – möglicherweise künftig an die europäische Ebene angekoppelte – politischen Identität und einer weiterhin an den nationalen oder regionalen Rahmen gekoppelten kulturellen Identität zu differenzieren, überzeugt wenig. Wenn auch Konsens darüber herrschen dürfte, dass es sich bei der Identität um eine soziale Konstruktion handelt und somit sowohl die Nation als auch Europa „imagined communities“ (Anderson) darstellen, so besteht ein Desiderat der Forschung derzeit darin, dass die Analyse der Identitätsbildung, des interkulturellen Transfers und ihrer Wirkungen und des Fremdverstehens nicht systematisch in den Kontext der europäischen Integration eingebettet werden. Statt dessen herrschen nach wie vor schematische Ansätze vor, die von einer robusten nationalen kulturellen Identität ausgehen, wohingegen der kulturelle Wandel unterbelichtet bleibt.

Die Arbeiten der soziologischen Institutionentheorie richten den Blick darauf, dass europäische Integration nicht auf den Ausfluss intentionalen Handelns reduziert werden kann. Insbesondere sind sie anschlussfähig an die in der Politikwissenschaft geführte Diskussion über Ideen, Werte und Kultur und ihren Einfluss auf den politischen Prozess. Ungeklärt ist aber, unter welchen Voraussetzungen sich konkurrierende Leitideen gegenüber anderen durchsetzen können und sich deshalb institutionalisieren. Die Debatte über soziale Institutionen sollte deshalb um den politisch-ideologischen Kontext und insbesondere die politisch-ökonomischen Machtbeziehungen ergänzt werden. Die bei Lepsius angelegte Expansion europäischer Kompetenzzuordnung läuft ansonsten Gefahr, als abstrakt-akteurslosen Automatismus missverstanden zu werden.

Der kurze Überblick zu soziologischen und kulturwissenschaftlichen Beiträgen zur Integrationstheorie verdeutlicht, dass beide Disziplinen den Gegenstand der europäischen Integration seit einigen Jahren neu entdeckt haben. Insbesondere die Soziologie knüpft an die soziologischen Traditionsbestände der klassischen Integrationstheorien von Deutsch und Haas an, die in der politikwissenschaftlichen Diskussion kaum noch rezipiert werden. Bemerkenswert ist jedoch, dass die soziologische Diskussion sehr stark in disziplinären Grenzen verbleibt und auf die Fortentwicklung der theoretischen Großkonzepte nur geringen Einfluss ausübt – die neofunktionalistische und erst recht die intergouvernementalistische Diskussion kommt heute weitgehend ohne die gesellschaftliche Dimension aus. Dieser Zustand ist insofern beklagenswert, als die seit einigen Jahren festzustellende Diskussion über die europäische Demokratie, Legitimation und Identität im Kern eine Debatte über die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen europäischer Politik ist. Die Möglichkeiten und Grenzen der europäischen Integration lassen sich nicht allein aus den Interessenskalkülen der beteiligten Regierungen ableiten, sondern sind in hohem Maße abhängig von Entwicklungen, auf die Politik nur begrenzten Einfluss hat, die sie aber auf jeden Fall in ihren Interessendispositionen berücksichtigen muss, will sie die gegenwärtig beklagten Akzeptanzdefizite nicht vergrößern.

Literatur

- Abromeit, Heidrun 1998: *Democracy in Europe. Legitimising Politics in a Non-state Polity*. New York.
- Bach, Maurizio 1999: *Die Bürokratisierung Europas. Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation in Europa*. Frankfurt am Main.
- Bach, Maurizio 2000: *Soziologie der europäischen Integration. Eine Übersicht über theoretische Ansätze*. Ms. (erscheint in: Loth, Wilfried/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Theorien europäischer Integration*. Opladen 2001).
- Beyers, Jan 1998: *Where does supranationalism come from? Ideas floating through the working groups of the Council of the European Union*. In: *European Integration Online Papers* Vol. 2 No. 9. (<http://eiop.or.at/eiop/texte/1998-009a.htm>).
- Boje, Thomas P./van Steenbergen, Bart/Walby, Sylvia (Eds.) 1999: *European Societies. Fusion or Fission?* London, New York.
- Delanty, G. 1998: *Social Theory and European Transformation: Is there a European So-*

- ciety? In: Sociological Research Online, Vol. 3, No. 1 ([http://www. Socresonline.org.uk/socreson-line/3/1/1.html](http://www.Socresonline.org.uk/socreson-line/3/1/1.html)).
- Deutsch, Karl W. 1954: Political Community at the International Level. Problems of Measurement and Definition. Garden City, New York.
- Deutsch, Karl W. (Ed.) 1957: Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience. Princeton.
- Egeberg, Morten 1998: Transcending Intergovernmentalism? Identity and Role Perceptions of National Officials in EU Decision-Making. Arena Working Paper 98/24.
- Etzioni, Amitai 1962: A Paradigm for the Study of Political Unification. In: World Politics 14, S. 44-74.
- Etzioni, Amitai 1965: Political unification – a comparative study of leaders and forces. New York.
- Gerhards, Jürgen 1993: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Zeitschrift für Soziologie 22, Heft 2, S. 96-110.
- Giering, Claus 1997: Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozess der europäischen Integration. München.
- Haas, Ernst B. 1968: The Uniting of Europe. Political, Social and Economic Forces 1950-1957. 2. Aufl. Stanford.
- Hall, Peter A./Taylor, Rosemary C.R. 1996: Political Science and the Three New Institutionalisms. MPIFG Discussion Paper 96/6.
- Hoffmann, Stanley 1966: Obstinate or Obsolete. The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe. In: Daedalus 95, S. 862-915.
- Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan (Hrsg.) 1997: Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen.
- Kaelble, Hartmut 1987: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880-1980. München.
- Kaelble, Hartmut 1997: Europäische Vielfalt und der Weg zu einer europäischen Gesellschaft. In: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan (Hrsg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen, S. 27-68.
- Kielmannsegg, Peter Graf 1996: Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen, S. 47-71.
- Kohler-Koch, Beate 2000: Regieren in der Europäischen Union. Auf der Suche nach demokratischer Legitimität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6, S. 30-38.
- Leibfried, Stephan/ Pierson, Paul 1998: Halbsouveräne Wohlfahrtsstaaten. Der Sozialstaat in der europäischen Mehrebenen-Politik. In: Dies. (Hrsg.): Standort Europa. Europäische Sozialpolitik. Frankfurt am Main, S. 58-99.
- Lepsius, M. Rainer 1991: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. In: Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union. Baden-Baden, S. 19-

40.

- Lepsius, M. Rainer 1995: Institutionenanalyse und Institutionenpolitik. In: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft 35 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, S. 392-403.
- Lepsius, M. Rainer 1997: Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien. In: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Institutionenwandel. Sonderheft 16 des Leviathan. Opladen, S. 57-69.
- Lindberg, Leon N./ Scheingold, Stuart A. 1970: Europe's Would-be Polity. Patterns of Change in the European Community. Englewood Cliffs.
- Loth, Wilfried 1996: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957. 3. Aufl. Göttingen.
- March, James G./ Olsen, Johan P. 1989: Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics. New York.
- Moravcsik, Andrew 1991: Negotiating the Single European Act. In: Keohane, Robert O./Hoffmann, Stanley (Eds.): The New European Community. Decisionmaking and Institutional Change. Boulder, S. 41-84.
- Moravcsik, Andrew 1998: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht. London.
- Münch, Richard 1993: Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft. Frankfurt am Main.
- Münch, Richard 2001: Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats. Frankfurt am Main.
- Nye, Joseph S. 1971: Comparing Common Markets. A Revised Neo-Functionalist Model. In: Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A. (Eds.): Regional Integration. Theory and Research. Cambridge, S. 192-231.
- Prisching, Manfred 1990: Soziologie. Themen – Theorien – Perspektiven. Wien, Köln.
- Sandholtz, Wayne/Zysman, John 1989: 1992: Recasting the European Bargain. In: World Politics 42, S. 95-128.
- Schmitter, Philippe C. 1971: A Revised Theory of Regional Integration. In: Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A. (Eds.): Regional Integration. Theory and Research. Cambridge, S. 232-264.
- Segers, Rien T. 1996: Europe: A Cognitive or an Emotional Concept? Introductory Remarks. In: Segers, Rien T. (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa. Sonderheft des Siegener Periodicum zur Internationalen Empirischen Literaturwissenschaft Frankfurt/Main, S. 3-19.
- Therborn, Göran 2000: Die Gesellschaften Europas 1945-2000. Ein soziologischer Vergleich. Frankfurt am Main.
- Touraine, Alain 1999: European sociologists between economic globalization and cultural fragmentation. In: Boje, Thomas P./van Steenbergen, Bart/Walby, Sylvia (Eds.): European Societies. Fusion or Fission? London, New York, S. 249-262.
- Tranholm-Mikkelsen, Jeppe 1991: Neo-functionalism: Obstinate or Obsolete? A Reap-

praisal in the Light of the New Dynamism of the EC. In: Millenium 20, S. 1-22.

Ueltzhöffer, Jörg 1999: Europa auf dem Weg in die Postmoderne. Transnationale soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der Europäischen Union. In: Merkel, Wolfgang/ Busch, Andreas (Hrsg.): Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme. Frankfurt am Main, S. 624-652.